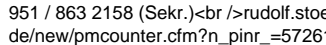




Politische Interessenskommunikation im Deutschen Kaiserreich

Politische Interessenskommunikation im Deutschen Kaiserreich
Knapp zehn Zentimeter hoch ist der Stapel Blätter, der vor Prof. Dr. Rudolf Stöber auf dem Tisch seines Büros liegt. "Das deckt in etwa die Jahre 1874 bis 1880 ab", sagt der Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Bamberg. Stöber hebt einige Seiten an, blättert ein wenig und liest stichprobenhaft vor: "Kanalbauten, Protestbewegungen, Preissteigerungen". Stöber betont: "Die Zeit war unserer gar nicht unähnlich." Es geht um Reaktionen der Bevölkerung auf politische Maßnahmen und Projekte. Aber auch um die Beeinflussung der Bürger durch die Politik, um politische Interessen durchsetzen zu können.
Rudolf Stöber untersucht in einem DFG-Projekt (DFG = Deutsche Forschungsgemeinschaft) seit April 2014 die Berichte der Potsdamer Regierungspräsidenten an den preußischen König zwischen den Jahren 1867 und 1914. Das Projekt fördert damit jedoch mehr zutage, als man zunächst annehmen würde. Nicht umsonst steht das Vorhaben unter dem Titel "Politische Interessenskommunikation in der Frühphase der Modernisierung" und ist mit Mitteln von etwa 300.000 Euro über eine Laufzeit von drei Jahren ausgestattet. "Es geht um die Interessen der Allgemeinheit, oder anders, um verallgemeinerbare Interessen", sagt Stöber. "Wir untersuchen, wie Politik im Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg den Bürgern vermittelt wurde. Gleichzeitig aber auch, wie die Bürger im politischen Prozess eigene Anliegen mit einbrachten. Wogegen wurde protestiert? Womit waren sie einverstanden und womit nicht?"
Der Regierungsbezirk Potsdam, zu dem Berlin gehörte, war in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg eine wirtschaftliche Boomregion und steht damit beispielhaft für die Modernität des Deutschen Kaiserreichs. "Dort lassen sich Fragen der Modernisierung und des sozialen Wandels sehr gut überprüfen", sagt Stöber. Denn einerseits war der Regierungsbezirk noch landwirtschaftlich geprägt, andererseits spielten moderne Industrien bereits eine wichtige Rolle. "Alte und neue Interessen in Staat und Gesellschaft" würden hier besonders gut sichtbar. Dass mit der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 der politische Einigungsprozess auch in diese Zeit fällt, passe natürlich gut. "Der Untersuchungszeitraum ist aber in erster Linie durch die Quellen selbst festgelegt worden", erklärt Stöber.
Welche Relevanz hat das Forschungsprojekt für die heutige Zeit? "Politik muss immer kommuniziert werden", sagt Rudolf Stöber. "Das gilt damals wie heute insbesondere für Zeiten der Modernisierung und des schnellen Wandels und damals wie heute lautet die Frage: Welche Interessen setzen sich durch und warum?"
Kontakt für Rückfragen: Prof. Dr. Rudolf Stöber
Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft
An der Weberei 5
96049 Bamberg
Tel. +49 (0) 951 / 863 2157
Tel. +49 (0) 951 / 863 2158 (Sekr.)
rudolf.stoeber@uni-bamberg.de
www.uni-bamberg.de/kowi


Pressekontakt

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

96045 Bamberg

Firmenkontakt

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

96045 Bamberg

Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg ist eine der ältesten Universitäten Bayerns und gehört zu den führenden Universitäten für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie Psychologie im Freistaat.